

nr. 7 – nov /dez 2017

ecke köpenicker

Seite 3: Parkraumbewirtschaftung ab Frühjahr 2018 Seite 4: Der Kölnische Park wird doch saniert

Seite 7: Der Müll, die Ratten, die Stadt Seite 9: Feldforschung in der Köpenicker Straße



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 4. Dezember.

Stadtforum am 20. November 2017

Das nächste Stadtforum Berlin findet am 20. November statt und steht unter dem Motto »Wohnen! Das brauchen wir: 194.000 Wohnungen bis 2030«. Bereits seit dem 1. November haben alle Interessierten die Möglichkeit, sich aktiv auf der Beteiligungsplattform mein.berlin.de in den Online-Dialog zur Debatte einzubringen.

Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen: »Wir überarbeiten aktuell den Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030, um den Herausforderungen der Zukunft und dem wachsenden Druck auf dem Wohnungsmarkt Rechnung zu tragen. Ich lade alle Berlinerinnen und Berliner daher herzlich ein, sich online zu den Fragen des Stadtforums zu positionieren, um sich so aktiv in den Gestaltungsprozess einzubringen.«

Stadtforum Berlin, 20. 11. 2017 ab 18 Uhr,
»Kühlhaus«, Luckenwalder Straße 3,
U-Bahnhof Gleisdreieck.

WBM-Neubau in der Köpenicker

Die Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) lädt am 28.11. um 18 Uhr zu einer Informationsveranstaltung ein. Gemeinsam mit dem Bezirk Mitte informiert sie über den aktuellen Stand des Wohnungsneubauvorhabens und die Quartiersentwicklung rund um die Köpenicker Straße 104–114. Darüber hinaus wird das beauftragte Beteiligungsbüro, die L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, das Beteiligungskonzept zu der Baumaßnahme vorstellen.

Dienstag, 28. 11., 18 Uhr, Evangelische Schule
Berlin Zentrum, Wallstraße 32, 10179 Berlin

Termine

(alle im Stadteilladen »dialog 101«,
Köpenicker Straße 101)

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter! Nachfragen und Kontakt: Volker Hobrack, Telefon 275 47 69

Bürgersprechstunde im Sanierungsgebiet

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP GmbH als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten.

Stadteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V.,
Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13,
stadteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

Die nächste »Ecke Köpenicker«

erscheint Mitte Dezember. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesal, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Parkraumbewirtschaftung ab Frühjahr 2018

Im Frühjahr 2018 wird in der Nördlichen Luisenstadt nun endlich die Parkraumbewirtschaftung eingeführt – »voraussichtlich im ersten Quartal«, wie die zuständige Senatsverwaltung mitteilt.

Die Parkraumbewirtschaftung soll – wie bereits in vielen anderen Berliner Gebieten auch – vor allem Entlastungen für Anwohner und ortsansässige Gewerbetreibende bringen. Nachweislich wird dadurch der Parksuchverkehr für Anlieger erheblich reduziert, die leichter und schneller einen Parkplatz finden. Auch Lieferfahrzeuge finden schneller einen Stellplatz am Fahrbahnrand, es wird seltener in zweiter Reihe oder falsch geparkt. Viele Bürger in der Nördlichen Luisenstadt hatten sich angesichts der zunehmenden Belastung durch den motorisierten Verkehr die Einführung der Parkraumbewirtschaftung gewünscht. Die Stellplätze sind zu über 100 Prozent ausgelastet, was vor allem an der großen Zahl der hier Berufstätigen liegt – obwohl die Anbindung an den ÖPNV hervorragend ist.

Für die Nördliche Luisenstadt werden nun zwei Parkzonen ausgewiesen: die Zone 36 und die Zone 37 (siehe Karte). Die Trennlinie zwischen den beiden Parkzonen verläuft entlang der Michaelkirchstraße, Köpenicker Straße und Heinrich-Heine-Straße. Die weiteren Begrenzungen bilden die Bezirksgrenze zum Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, die Spree bzw. der Spreekanal sowie die Axel-Springer Straße und der Spittelmarkt. Für zwei Jahre gibt es zudem einen sogenannten Übergangsbereich zwischen der bereits existierenden Zone 2 und der Zone 36 – nach den zwei Jahren wird er vollständig der Zone 36 zugeordnet (siehe Karte). Die Bewirtschaftungszeit in den beiden Parkzonen gilt montags bis freitags von 9 bis 20 Uhr sowie samstags von 9 bis 18 Uhr. In diesen Zeiten müssen Besucher des Gebiets an den aufgestellten Parkuhren eine Parkgebühr in Höhe von 2 Euro pro Stunde entrichten.



Anwohner-Parkausweise

Anwohner, die in den jeweiligen Parkzonen ihren amtlich gemeldeten und tatsächlichen Wohnsitz haben, müssen keine Parkgebühren zahlen, wenn sie über einen Anwohnerparkausweis (Bewohnervignette) verfügen. Dieser kostet lediglich 20,40 Euro Bearbeitungsgebühr und ist dann zwei Jahre gültig. Die Anwohnerparkausweise sollten rechtzeitig in einem der drei Bürgerämter in Mitte beantragt werden (siehe unten). Das kann sowohl per Post, Fax oder E-Mail als auch persönlich erfolgen. Notwendig sind hierfür ein formloser, schriftlicher Antrag, eine Kopie des Personalausweises oder Passes mit Meldebesccheinigung, die nicht älter als drei Monate ist, sowie eine Kopie des Personalausweises bzw. der Zulassungsbescheinigung des Kfz. Antragsformulare erhält man in den Bürgerämtern des Bezirks Mitte oder auch online: unter www.berlin.de/ba-mitte (dort bitte den Suchbegriff »Parkausweis« eingeben). Außerdem kann man auch über den berlinweiten Terminalservice der Bürgerämter einen Termin buchen. Sollte der Antragsteller nicht der Halter des anzumeldenden Fahrzeugs sein, wird zusätzlich eine formlose Überlassungserklärung des Inhabers benötigt.

Achtung: Die Anwohnerparkausweise gelten nur für die jeweilige Zone! Wer also beispielsweise für die Zone 36 einen Anwohnerparkausweis besitzt, aber in der Zone 37 parkt, muss wie jeder andere Gebietsbesucher auch einen Parkschein ziehen.

Eine gute Nachricht für die Anwohner ist außerdem, dass in einigen Wohnstraßen ausschließlich Anwohnerparken erlaubt ist: in der Melchiorstraße, Adalbertstraße, Stall-schreiberstraße, Sebastianstraße und im Wilhelmine-Gemberg-Weg.

Betriebs- und Gästevignetten

Ortsansässige Betriebe und jede vergleichbare Einrichtung im Gebiet können auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für betrieblich genutzte Kfz erhalten (»Betriebsvignette«). Eine Dringlichkeit muss dabei nicht nachgewiesen werden. Die Betriebsvignette kostet für ein Jahr 90 Euro Bearbeitungsgebühr, für zwei Jahre 130 Euro, für drei Jahre 160 Euro. Notwendig sind ein schriftlicher formloser Antrag, eine Kopie der Gewerbeanmeldung, eine Kopie des Mietvertrags (erste und letzte Seite) sowie eine Kopie des Fahrzeugscheins bzw. der Zulassungsbescheinigung (Teil 1). Wer mehr als ein betrieblich genutztes Kfz anmelden will, muss nachweisen, dass ein »unabweisbarer Bedarf« besteht – also nicht nur Be- und Entladung oder Ein- und Aussteigen. Und was ist, wenn Anwohner längerfristig Gäste oder Besuch erwarten? Dafür gibt es Gäste-Parkausweise, die vom Gast selbst oder vom Gastgeber beantragt werden können. Ein Gästeparkausweis kann für maximal vier Wochen beantragt werden. Benötigt werden dafür ein formloser schriftlicher Antrag, eine Kopie des Personalausweises des Antragstellers und eine Kopie des Fahrzeugscheins, wenn der Gast den Antrag stellt. Die Kosten bewegen sich von 10,20 Euro (für einen Zeitraum bis zu drei Tagen) bis 25 Euro für einen Zeitraum von vier Wochen.

Für die Einhaltung der Parkraumbewirtschaftung ist das Ordnungsamt des Bezirks zuständig.

Ab nächstem Jahr sollte also für die Anwohner der Nördlichen Luisenstadt eine deutliche Entlastung zu spüren sein, zumindest, was die Parkplatzsuche betrifft. us

Bürgerämter in Mitte:

- Bürgeramt Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31
- Bürgeramt Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1
- Bürgeramt Wedding, Osloer Straße 36

Für weitere Fragen zu Anträgen können sich Bürger an das Ordnungsamt Mitte wenden: Telefon 901 84 45-26 oder -29, oder auch per Mail an: buergeramt@ba-mitte.berlin.de



Ch. Eckelt (2)

Köllnischer Park wird doch saniert – Fördermittel jetzt freigegeben

Baureife Planungen zur Erneuerung des Köllnischen Parks liegen seit über drei Jahren in den Schubladen des Bezirks Mitte. Doch ein Veto des damaligen Stadtentwicklungssenators Michael Müller hatte im Jahr 2014 den Beginn von Sanierungsarbeiten verhindert: Offenbar war ihm die Verschönerung der Grünfläche am Märkischen Museum keine Herzensangelegenheit, denn rein optisch ist sie eigentlich noch recht gut in Schuss – jedenfalls gibt es anderswo in Berlin Grünflächen in schlechterem Zustand.

Nun steht die Instandsetzung wieder auf der Tagesordnung: Im Förderprogramm »Zukunft Stadtgrün« sind die Mittel dazu jetzt freigegeben worden. Vermutlich wird die Parksanierung größtenteils in den Jahren 2019 und 2020 stattfinden. Die Planungen sehen vor, den Park sowie die Skulpturenterrasse zu erneuern. Dabei werden die Skulpturen auf der Terrasse südlich des Museumsgebäudes restauriert und durch eine Umzäunung vor Vandalismus geschützt, die Terrasse selbst soll barrierefrei zugänglich werden. Darüber hinaus sollen »funktionale und gestalterische Defizite« behoben werden, zum Beispiel an Wegen, die durch Frost und durchbrechendes Wurzelsystem beschädigt sind. Der Spielplatz wird vergrößert. Nicht inbegriffen ist die Sanierung des Bärenzwingers.

In den nächsten Jahren soll zudem das Märkischen Museums und das benachbarten Marinehaus saniert werden, die künftig als »Museums- und Kreativitätsquartier am Köllnischen Park« eine stärkere Ausstrahlungskraft entfalten sollen. Dafür stellen der Bund, das Land und die Lottostiftung insgesamt 65 Millionen Euro bereit. Dem gegenüber wirken die geschätzten 1,6 Mio. Euro für die Parksanierung fast nebensächlich. Das Förderprogramm »Zukunft Stadtgrün« wurde erst in diesem Jahr vom Bund neu eingerichtet, Projekte, die ohne langen Vorlauf schnell umgesetzt werden können haben in solchen Fällen gute Realisierungschancen. Die Planung für die Sanierung des Köllnischen Parks ist abgeschlossen, die Bauplanungsunterlagen sind schon erstellt, mit den Ausschreibungen der Bauarbeiten könnte sofort begonnen werden. Lediglich der Bauverlauf muss noch mit dem der Museumssanierung abgestimmt werden. So werden zudem auch keine größeren Personalkapazitäten beim Straßen- und Grünflächenamt Mitte als Bauherr für die Planung in Anspruch genommen. Das Amt lehnt gegenwärtig wegen Personalmangels die Planung neuer Sanierungsmaßnahmen an Grünflächen in Mitte kategorisch ab. cs

Leser-Ecke

Hallo ecke-Redaktion,

Mit großem Vergnügen habe ich die Nr. 6 der »ecke köpenicker« gelesen.

In der Ausgabe gab es wieder sehr informative Beiträge. Aber besonders geschmunzelt habe ich über den Beitrag vom Eckensteher (»Zur rhizomatischen Struktur immersiver Malerei«). Eine unglaubliche Realsatire!

Auf meinen Spaziergängen durch den Köllnischen Park komme ich auch immer am ehemaligen Bärenzwinger vorbei. Zurzeit bieten der Park und der Zwinger einen sehr traurigen Anblick. Zu hoffen ist, dass in absehbarer Zukunft eine für die Bevölkerung annehmbare Lösung gefunden wird. Überlassen wir ihm nicht solchen »Künstlern«! Die Idee mit den Schildkröten scheint nicht die schlechteste Lösung zu sein.

Michael Löffler



Neulich im Bärenzwinger

Vernebelte Melancholie bei sequenziellem Rotieren

O-Ton. »Als PPKK arbeiten Sarah Ancelle Schönfeld und Louis-Philippe Scoufaras orts- und kontextspezifisch, mit mythologisch-technologisch schalkhaften Interventionen, um andere Perspektiven und Interpretationen auf die jeweiligen Orte zu ermöglichen. PPKK lädt im Kontext der ersten Ausstellung zu einem Saunetag ein, bei dem der Bärenzwinger in eine voll funktionstüchtige Sauna verwandelt wird.

PPKKs »The Fountain of Liver Tea« ist eine Apparatur, bestehend aus einer eines Hackings unterzogenen Waschmaschine und einem Schlauchsystem, die automatisch Kräuteraufgüsse produziert und auf die heißen Steine speit. Sie erzeugt Kräuterdampf und stellt gleichzeitig Tee her. Der Kräutersud basiert auf einer Mischung an auf dem Gelände des Bärenzwingers handgepflückten Kräutern und Beeren, die nach den Kenntnissen der traditionellen Kräuterkunde heilende und reinigende Eigenschaften besitzen.

Die Anwesenheit von Menschen, die im Kräuterdampf zum Klang des sequenziellen Rotierens der Maschine entspannen, soll die Melancholie, die dem ehemaligen Bärengefängnis innewohnt, vernebeln und auf den Ort und seine Besucher*innen läuternd und beschwichtigend wirken.«

(aus dem Presstext zur Finissage der ersten Kunstaktion im Bärenzwinger)

Das böse A-Wort

Für seinen Alarmruf zu unhaltbaren Zuständen im Tiergarten hat Mittes Bezirksbürgermeister viel Kritik geerntet – und einmal mehr gezeigt, dass man manchmal nur so Veränderungen auslöst

Sind es 3.000, 6.000, 10.000? Keiner kennt genau die Zahl der Obdachlosen in der Stadt. Man weiß also nicht, wie stark sie tatsächlich wächst. Sicher ist nur: Die Obdachlosigkeit in Berlin wird immer sichtbarer.

Auch vor einigen Jahren gab es schon Obdachlosencamps: auf der Cuvrybrache in Kreuzberg zum Beispiel oder an der Eisfabrik in der Köpenicker Straße. Auf der Cuvrybrache baut jetzt Zalando, auch das Grundstück an der Eisfabrik soll demnächst bebaut werden. Die Preise für Baugrund haben sich in den vergangenen Jahren vervielfacht und damit ist auch der Druck gestiegen, leer stehende Häuser und brachliegende Grundstücke möglichst frei von unerwünschten Nutzungen zu halten. So kommt es dazu, dass Obdachlose immer häufiger auf U-Bahnhöfen, in Grünflächen und Parks campieren.

Vieles spricht dafür, dass die Obdachlosigkeit tatsächlich deutlich steigt. Die Wohnungsnot in der Stadt wird immer größer und somit die Gefahr, in Krisensituationen auf der Straße zu landen. Gleichzeitig ist der verstärkte Zuzug Obdachloser aus dem östlichen Europa spürbar: Auch dort verschärft sich die soziale Lage, vor allem aber herrscht in einigen Staaten ein Klima zunehmender Intoleranz. Wer Flüchtlinge in erster Linie als Bedrohung empfindet, der entwickelt auch keinen solidarischen Umgang mit eigenen Landsleuten in existentiellen Krisen. Ihnen wird Berlin zum Hoffnungsort, wo man sich auch ohne Deutschkenntnisse durchschlagen kann.

Das macht sich vor allem in Bezirk Mitte bemerkbar. Stephan von Dassel (Grüne) war hier acht Jahre lang Stadtrat für Soziales, bevor er vor einem Jahr sein Amt als Bezirksbürgermeister antrat, und kennt deshalb die Entwicklung gut. Er schlug Anfang Oktober Alarm: Der Tiergarten hatte sich über den Sommer immer mehr zum Pro-

blemort entwickelt, wo viele Obdachlose campierten und sich viele oft noch minderjährige junge Zuwanderer prostituierten. Zudem sei eine Gruppe von ca. 50 alkohol- und drogenabhängigen Obdachlosen aus dem östlichen Europa problematisch, Mitarbeiter des Ordnungsamts und des Straßen- und Grünflächenamts würden bedroht und der Lage nicht mehr Herr. Die Zustände seien unhaltbar, Senat und Polizei müssten endlich tätig werden. In diesem Zusammenhang scheute er sogar das böse A-Wort nicht, A wie Abschiebung (wobei eine Abschiebung obdachloser EU-Bürger kaum möglich ist).

Von Dassel machte seine Äußerung in einer eskalierten Situation: Im Tiergarten war kurz zuvor eine Frau ermordet worden, im Umfeld eines illegalen Obdachlosen-Zeltlagers, wo bis zur Räumung Ende Oktober 60 bis 80 Menschen hausten. Als mutmaßlicher Täter wurde ein junger Russe verhaftet.

Für seinen Alarmruf, für die dann ausgelöste Räumung von Zeltcamps und vor allem für das A-Wort musste der Bezirksbürgermeister viel Dresche einstecken, auch aus der eigenen Partei. Andere Bezirke warfen ihm gar das »St. Florian-Prinzip« vor – weil ja nun Zeltcamps bei ihnen entstehen könnten. Fragt sich nur, wen St. Florian da eigentlich verschonen soll.

Von Dassel hat jedenfalls eines erreicht: In der Stadt gibt es eine breite öffentliche Debatte, wie sie mit der wachsenden Obdachlosigkeit – auch der aus Osteuropa – umzugehen gedenkt. Deutlich wird, dass es endlich ein Gesamtkonzept braucht. Denn selbst die versprochenen tausend Plätze für die Berliner Kältehilfe werden in diesem Winter nicht ausreichen, und die Bezirke sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, sie aufzustocken. Wenn jetzt endlich leerstehende Räumlichkeiten vorübergehend der Kältehilfe zur Verfügung gestellt würden, hätte sich der Alarm des Bezirksbürgermeisters schon gelohnt. Immerhin beweist er – wie auch schon mit den Ferienwohnungen – dass man manchmal unpopulär auf die Pauke hauen muss, damit überhaupt mal etwas in Bewegung gerät und nach Lösungen gesucht wird. cs/us

Bildecke



Ch. Eckelt

Verwaltung am Limit

Warum das öffentliche Bauen deutlich teurer wird

Eine Kita in einem Sanierungsgebiet soll erweitert werden, weil der Bedarf für die Kleinkinder-Betreuung überall in der Stadt in den letzten Jahren enorm steigt. Die Planungen und die Finanzierung stehen, die ersten Ausschreibungen sind durchgeführt. Doch dann stellt sich heraus, dass der bisherige Kostenrahmen bei weitem nicht ausreicht: Rund ein Drittel der ursprünglich veranschlagten Summe muss zusätzlich nachgeschossen werden.

Das ist beileibe kein Einzelfall: Denn die Preise im Bau steigen in Berlin deutlich schneller als beispielsweise die allgemeinen Lebenshaltungskosten – um rund drei bis vier Prozent pro Jahr, seit dem Jahr 2010 zusammengenommen um fast 20%, wie der aktuelle Baupreisindex des Statistischen Landesamtes ausweist. Der Kostensprung von einem Drittel erklärt sich dadurch aber nur zur Hälfte. Die öffentliche Hand als Auftraggeber für die Bauwirtschaft hat zudem auch an Attraktivität verloren. Als noch vor wenigen Jahren die Baubranche in der Krise steckte, galten öffentliche Aufträge zumindest als »sichere Bank«: Der Staat kann nicht pleite gehen, irgendwann bekommt man sein Geld. Heute ist die Krise vorbei, die Auftragsbücher der Baubetriebe sind wieder gut gefüllt. Die Zahlungsmoral hat sich insgesamt verbessert. Die Nachteile des Staates als Auftraggeber schlagen jetzt wieder stärker durch.

»Ein Bauunternehmer will bauen und nicht ständig in irgendwelchen Runden sitzen«, erklärt Christoph Bock, Referent der »Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg«, dem Verband der kleinen und mittelständischen Bauunternehmen. »Wenn bei öffentlichen Aufträgen Probleme auftreten, dauert es oft sehr lange, bis Entscheidungen getroffen werden. Das liegt an den schwerfälligen Strukturen der öffentlichen Verwaltung.« Verzögerungen und Streitigkeiten zögen sich deshalb mehr in die Länge als bei privatwirtschaftlichen Auftraggebern, was die Bauunternehmer in ihre Preisgestaltung natürlich einkalkulierten. Das öffentliche Vergaberecht stelle auch umfangreiche zusätzliche Anforderungen an Unternehmen, was sich auch auf den Preis auswirke.

Kurze Fristen – teure Preise

Die öffentliche Hand lässt den Unternehmen bei ihren Ausschreibungen zudem meist nur kurze Fristen bis zur Bauausführung und berücksichtigt dabei nicht, dass Bauunternehmen eine längerfristige Planungssicherheit durchaus auch honorieren. »Im Straßenbau oder bei der Schulsanierung zum Beispiel sollen die Arbeiten ja oft während der Schulferien stattfinden und sind schon längere Zeit geplant. Aber meist gehen die Ausschreibungen für diese Arbeiten trotzdem erst kurz vor den Ferien raus«, berichtet Christoph Bock. Nach der Grundregel von Angebot und Nachfrage werden solche kurzfristigen Aufträge natürlich teurer, wenn die Kapazitäten der Bauwirtschaft ausgelastet sind. Als in der Krise dagegen Kapazitäten brachlagen, unterboten sich die Unternehmen dagegen kurzfristig oft gegenseitig. Das hat zwar oft zu nachträglichen Zusatzkosten geführt – etwa, weil ein Unternehmen mitten in der Bauphase in die Pleite ging. Aber es hielt die Preise in den Angeboten insgesamt eher niedrig.



Ch. Eckelt

Bei einer Befragung seiner Mitgliedsunternehmen ermittelte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) kürzlich, dass »mangelnde Baukapazität« derzeit das größte Hemmnis für den Neubau von Wohnungen sei – noch vor dem Mangel an Bauland und den immensen Preissteigerungen für Baugrund. Christoph Bock von der Fachgemeinschaft Bau sieht das natürlich etwas anders und betont die Leistungsfähigkeit der Branche: »Wir können ausreichend Kapazitäten mobilisieren.« Zwar gebe es auch im Bau einen großen Fachkräftebedarf, »aber bei uns ist dies noch nicht das limitierende Element.«

Das »limitierende Element«

Dieses Limit hat die öffentliche Verwaltung offenbar erreicht. »In Berlin gibt es rund 60 Vergabestellen, die nach dem öffentlichen Vergaberecht vorgehen müssen. Überall hört man dieselbe Klage: Man habe nicht genug Leute.« In der Tat reißen Pensionierungen oft Lücken, die nicht so schnell wieder gefüllt werden können. Auch nicht durch Berufsanfänger, die eben nicht die benötigte langjährige Berufserfahrung mitbringen. Durch die vielen Einstellungsstopps der letzten Jahrzehnte ist die mittlere Generation, die die Erfahrungen weitertragen müsste, in der Berliner Verwaltung extrem ausgedünnt. Dennoch steigen die Anforderungen: Die wachsende Stadt fordert immer mehr öffentliche Investitionen, für Kitas und Schulen, Straßen und Brücken, Schienen- und Radwege oder Sozialeinrichtungen und Verwaltungsgebäude. Die Vorbereitung öffentlicher Bauprojekte erfordert aber in der öffentlichen Verwaltung Personal mit Fachkompetenz. Berlin als Bauherr ist dabei am Limit angekommen – und das wird jetzt teuer. cs

Der Müll, die Ratten, die Stadt

»Harnröhre« – so nennen inzwischen manche Anwohner ironisch den Durchgang, der in der Moabiter Turmstraße 83 zum Ottopark führt, direkt neben einem Fastfood-Restaurant. Im Durchgang stinkt es durchdringend nach Urin. Der Abstellplatz für Müllcontainer ist nicht verschlossen. Doch selbst wenn er es wäre, würden die Ratten trotzdem kommen. Auf dem Parkdeck eine Etage darüber – einst gedacht für Kunden und Mitarbeiter einer Bankfiliale, die es längst nicht mehr gibt – wird kaum noch geparkt, dafür aber von Gewerbetreibenden fragwürdiger Müll abgestellt. Kurz: Es ist eine unappetitliche Situation, die von vielen verursacht wird.

Es ist beileibe nicht der einzige Ort in der Stadt, der Unbehagen verursacht. Wenn zum Beispiel in der Moabiter Zwinglistraße immer mehr Sperrmüll wild abgestellt wird, so dass das Ordnungsamt in seiner Hilflosigkeit schon Suchzettel an Bäume klebt, um die Missetäter zu finden; wenn ständig Spielplätze über Wochen gesperrt werden müssen wegen Rattenbekämpfung; wenn immer mehr illegale Altkleidercontainer in die Straßen gestellt werden, dann wächst der Unmut der Berliner – die allerdings oft selbst Mitverursacher sind.

Ratten

Ein echtes Problem ist dabei der stetig wachsende Rattenbefall – nicht nur für die Spielplätze. Die Tiere übertragen mehr als 70 gefährliche Krankheiten, werden aber selbst immer resistenter. Und je mehr die Fastfood-Kultur um sich greift (auch bedingt durch den enorm wachsenden Tourismus), je mehr Imbissreste in Parks, auf der Straße oder in offenen Abfallbehältern landen, desto größer wird die Plage – gerade in jenen Vierteln, wo Restaurants und Imbisse ganze Straßenzüge dominieren (samt den dazugehörigen Mülltonnen), aber auch in öffentlichen Grünflächen. Zum anderen ist auch falsch verstandene Tierliebe kontraproduktiv: Über großzügig gestreutes Futter für Tauben und andere Stadtvögel etwa freuen sich vor allem Ratten. Die Schädlingsbekämpfer müssen täglich ausrücken, beklagen aber, dass die Arbeit immer schwieriger wird. Ein Grund ist eine EU-Verordnung, die eigentlich gut gemeint war: Sie sollte verhindern, dass zu viel Gift in die Umwelt gelangt und Menschen und andere Tiere gefährdet. Nun sind Fertig-Köder vorgeschrieben, die aber für die Ratten längst nicht so attraktiv sind wie die Essensreste, die ganz offen auf den Straßen herumliegen. Und: Rattenköderfallen müssen jetzt abgeschirmt werden, etwa durch Bauzäune. Das wird teuer für die Stadt, ebenso wie Straßenschäden, die durch Rattenlöcher verursacht werden.



Ch. Eckelt

Dabei würde schon Achtsamkeit hilfreich sein: Weniger weggeworfene Essensreste entziehen den Ratten die Nahrung – und Vögel finden ihr Futter selbst. Hilfreich wären zudem gut verschließbare Müllbehälter insbesondere in der Gastronomie.

Sperrmüll ...

... gehört einfach nicht auf die Straße – und schon gar nicht gefährlicher Sondermüll wie Kühlschränke, alte Fernseher oder undefinierbare Farbbehälter! Manchmal sind es Privatpersonen, die es sich ganz einfach machen nach dem angeblich gutmeinenden Motto »Vielleicht kann es ja noch jemand brauchen« und dann noch die Chuzpe haben, »Zu verschenken«-Zettelchen an den Müll zu kleben, als zivilisatorisches Feigenblättchen. Manchmal sind diese Müllberge auch jenen »ganz preiswerten« privaten Entsorgungsunternehmen zu verdanken, die sich den Weg zum nächsten Entsorgungshof einfach mal gespart haben und damit Profit machen. Dabei gibt es eine einfache Alternative: die BSR selbst, die für wenig Geld Müll aller Art auch aus Privathaushalten abholt, wenn man mit ihnen einen Termin vereinbart. Noch günstiger wird es, wenn man jemanden aus der Nachbarschaft oder dem Freundeskreis bittet, das Zeug direkt zu einem der vielen BSR-Höfe zu fahren.

Altkleidercontainer

Auch sie sind eine wachsende Plage: Altkleidercontainer auf Straßen, Grünanlagen, vor öffentlichen Gebäuden. Die wenigsten davon sind jedoch legal wie etwa die der Caritas, dem DRK oder anderen seriösen Organisationen. Die meisten Container sind illegal aufgestellt und dienen keineswegs karitativen Zwecken: Vielmehr verdienen mafiose Netzwerke viel Geld damit. Das Ordnungsamt allein kann das Problem nicht mehr bewältigen. Doch es gibt Abhilfemöglichkeiten: So hat die BSR bislang mit drei Bezirken – Pankow, Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg – Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Das bezirkliche Ordnungsamt meldet dabei Altkleidercontainer, die illegal auf öffentlichem Straßenland abgestellt wurden, der BSR. Die holt sie dann ab, anschließend werden sie auf dem Betriebshof gelagert und der Eigentümer aufgefordert, sie gegen eine Gebühr wieder auszulösen. Erfolgt das nicht fristgemäß, wandern die Container in die Schrottpresse. Den Bezirken entstehen dabei keine Kosten. Auch in Mitte hatte sich das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) »interessiert« an einer Kooperationsvereinbarung mit der BSR gezeigt – allerdings ist das auch schon wieder ein Jahr her. Doch auch hier gilt: Die illegalen Container-Aufsteller profitieren ja vor allem davon, dass Anwohner auf der Suche nach schneller Entsorgung einfach am nächstgelegenen Ort Altkleider einwerfen. Wer dagegen darauf achtet, ob der Container tatsächlich das DRK- oder Caritas-Siegel hat, trägt wenigstens nicht zu den illegalen Geschäften bei. Noch hilfreicher ist es allerdings, gut erhaltene gebrauchte Kleidung direkt zu den Bedürftigen zu bringen: in die Kleiderkammern der Berliner Einrichtungen und Initiativen für sozial Bedürftige, für Obdachlosen- und Flüchtlingshilfe beispielsweise. Dann weiß man auch, wo die Hilfe genau ankommt. Und gerade jetzt vor dem Winter ist sie wichtig.

Gegen das Wildpinkeln in der Moabiter »Harnröhre« hat die Polizei übrigens einen buchstäblich einleuchtenden Vorschlag: Licht! Wer plötzlich blank sichtbar im Hellen steht, verzieht sich dann doch lieber. us

Xavier hinterläßt Narben

In Mitte fielen dem Sturmtief mehr als tausend Bäume zum Opfer



Es war noch nicht mal ein Orkan, sondern bloß ein »schwerer Sturm mit Orkanböen«, der am 5. Oktober über Berlin hinwegfegte. Das »Sturmtief Xavier« hinterläßt dennoch deutliche Narben im Stadtbild, die nach dem Sturm oft erst nach und nach sichtbar wurden. Insgesamt 56.000 Bäume hat er laut der Umweltsenatorin Regine Günther vernichtet, davon 46.000 in den Berliner Wäldern und rund 10.000 an Straßen, in Parks und auf Friedhöfen. Hinzu kommen wohl auch noch Tausende auf Privatgrundstücken. In Brandenburg sollen nach Angaben des rbb sogar 2 Millionen Bäume betroffen sein.

Die größten Schäden verursachte Xavier demnach in einem Viereck zwischen Rathenow im Havelland und Alt-Ruppin im Ruppiner Land auf der nördlichen Seite Berlins sowie Bad Belzig im Fläming und Lübben am Spreewald auf der südlichen Seite. Berlin lag also im Zentrum der schlimmsten Zerstörungszone. Die größte im Flachland gemessene Windgeschwindigkeit erreichte der Sturm mit 137 km/h über dem Wannsee. In Brandenburg gab es fünf Todesopfer – darunter eine Radfahrerin, die eine Woche nach dem Sturm durch einen umkippenden Baum starb. In Berlin wurde die bekannte Journalistin Sylke Tempel während des Sturms von einem Baum erschlagen.

Xavier erwischte die Stadt mitten im nachmittäglichen Berufsverkehr und erzeugte einen Verkehrskollaps, weil der S-Bahn- und der überirdische U-Bahnverkehr eingestellt werden musste und auch Busse und Straßenbahnen nicht mehr fahren konnten. Fernbahnverbindungen waren noch tagelang unterbrochen, weil die Gleise erst freigeräumt und die Oberleitungen repariert werden mussten.

Im Bezirk Mitte sind die Mitarbeiter des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) seit dem 5. Oktober im Dauereinsatz, unterstützt werden sie dabei von privaten Gartenbauunternehmen. Überall werden Schäden beseitigt, Kronen gekappt und Äste gehäckselt. Städtische Friedhöfe wie jene in der Seestraße und der Turiner Straße waren zeitweise komplett gesperrt, können inzwischen aber wieder betreten werden. Der Bezirk rät, in öffentlichen Parks nur die Hauptwege zu nutzen und nicht die Trampelpfade. Außerdem soll man darauf verzichten, über Kopfhörer Musik zu hören: »Es können immer noch angebrochene Baumkronen unvermittelt abbrechen. Die Parkbesucher sollten die waldartigen Bestände auf jeden Fall vermeiden«, warnt das Bezirksamt. Das gilt natürlich umso mehr für die Berliner und Brandenburger Wälder – Pilze sammeln ist dort seit dem 5. Oktober ein extrem gefährliches Freizeitvergnügen.

Besonders geschädigt sind nach Auskunft des SGA Mitte vor allem Laubbäume wie Silberahorn, Spitzahorn und Buche. Im Moabiter Kleinen Tiergarten zum Beispiel sind auch Bäume betroffen, die vor der Neugestaltung der Parkanlage von einem Baumgutachter eigentlich zum Fällen vorgesehen waren, nach Protesten von Baumschützern aber dennoch erhalten wurden, darunter vor allem Schnurbäume und mehrstämmige Silberahorne.

Nach den ersten Schätzungen des Amtes sind im Bezirk etwa 400 Parkbäume und 60 Straßenbäume im Sturm umgefallen. Weitere 600 seien so stark beschädigt, dass sie wahrscheinlich gefällt werden müssen, insgesamt verschwinden also vermutlich mehr als tausend Bäume aus dem Stadtbild des Bezirks. Erst Ende November rechnet das SGA mit einem kompletten Überblick. Wahrscheinlich werden sich die Aufräumarbeiten bis weit ins kommende Jahr hinstrecken. Die Berliner sollten sich auch darauf einstellen, dass in diesem Jahr das Laub in den Grünanlagen und Parks länger liegen bleibt als sonst üblich: Die Beseitigung der Gefahrenstellen hat für die Grünpfleger definitiv Vorrang.

Ungewöhnlich war am »Sturmtief Xavier« nicht seine Windstärke, sondern der frühe Zeitpunkt seines Auftretens Anfang Oktober. Über dem Nordatlantik brauen sich die stärksten Stürme normalerweise im Winter zusammen. Die Sturmsaison beginnt meist erst Ende, seltener auch schon Mitte Oktober, wenn die meisten Blätter der Laubbäume schon locker sitzen. Anfang Oktober jedoch standen sie noch voll im Saft und boten dem Sturm deshalb einen besonders starken Widerstand.

Auch wenn die Klimaforscher sich davor hüten, das Sturmtief ausschließlich auf die weltweite Klimaerwärmung zurückzuführen, scheint das Jahr 2017 doch insgesamt die Prognose der Wissenschaft zu erfüllen, nach der es allgemein zu einer Zunahme von Extremwetterlagen kommt. Nach den beiden Starkregen-Ereignissen im Sommer war das schon das dritte Wetterextrem in diesem Jahr, das die Stadt in einen Ausnahmezustand versetzte. Und nur wenige Wochen nach »Xavier« folgten Ende Oktober die Sturmtiefs »Grischa« und »Herwart« mit Sturmfluten an der Nordsee, bundesweiten Beeinträchtigungen des regionalen und Fernzugverkehrs, weiteren umgestürzten Bäumen und vielen innerstädtischen Verwüstungen. cs

Feldforschung in der Köpenicker

Studenten erforschen »Nutzungskonflikte«

Wenn es Streit und Konflikte gibt, tut ein unvoreingenommener, objektiver Blick von außen oft gut. Damit fällt der erste Schritt zur Lösung oft wesentlich leichter. Nicht nur in persönlichen Beziehungen, auch in größeren Zusammenhängen ist das so.

In der Köpenicker Straße hat sich eine Gruppe von Master-Studentinnen und -Studenten der Studiengänge Europäische Ethnologie und Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zwei Semester lang akribisch mit den »Nutzungskonflikten« vor Ort beschäftigt. Es ging vor allem um Lärm, Müll, Belastungen durch den Tourismus. Dabei befragten sie etwa 300 Anwohner und führte vertiefende Gespräche mit vielen Experten vor Ort, in Ämtern und Einrichtungen. Vor allem aber betrieben sie »Feldforschung«: Die angehenden Wissenschaftler beobachteten den öffentlichen Raum zwischen Adalbertstraße und dem Umfeld des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße, tagsüber und nachts.

Am 25. September stellte sie in der gut gefüllten Aula der Evangelischen Schule in der Wallstraße ihre ersten Ergebnisse vor. Für die meisten Anwohner war dabei zwar kaum Neues zu erfahren – sie leben ja täglich mit den Konflikten. Dennoch waren sie dankbar dafür, dass jemand die Probleme systematisch auf den Punkt brachte und ausformulierte. Vor Ort überlagern sich gleich mehrere Problemlagen: Dichter Verkehr, Massentourismus, Drogenhandel und nächtliche Clubszene. Jeder einzelne dieser Faktoren würde an anderer Stelle schon allein für Aufregung sorgen. In der Köpenicker bedeutet das: Lärmbelästigung, Verwahrlosung und Vermüllung des öffentlichen Raumes sowie ein diffuses Gefühl der Bedrohung. Dabei unterscheiden sich die Szenarien am Tag und in der Nacht. Tagsüber stört vor allem der Verkehrslärm, etwa die Hupkonzerte, wenn sich wieder einmal die Busse vor dem A&O-Hostel stauen. Aber auch die Folgen



Der Eingang zum KitKat-Club befindet sich ganz links am Bildrand. Die Schlange reicht bis zum U-Bahn-Eingang ganz rechts. Später in der Nacht wird sich an der Brückenstraße ein informeller Taxi-Stand bilden, in dem die Taxis jeweils rückwärts nachrücken – und später auch losfahren. Das sorgt dann für nächtliche Hupkonzerte.



Vor dem A&O Hostel an der Ecke zur Adalbertstraße stauen sich gleich fünf Reisebusse. Die eine Fahrbahn ist ständig blockiert und auch die Gegenfahrbahn wird in Beschlag genommen, wenn die Koffer aus dem Bus entladen werden. Das ist zwar kein Dauerzustand, kann aber zu Stoßzeiten die Köpenicker durchaus auch mal für eine Stunde blockieren. Beide Fotos wurden von Marc Lange während der Feldforschung der Studentengruppe aufgenommen.

des Drogenhandels im U-Bahnhof machen sich bemerkbar – etwa, wenn Junkies sich in den umliegenden Wohnhäusern einen Schuss setzen. Der eigentliche Drogenhandel spielt sich dagegen eher diskret ab.

Das ist an den Wochenendnächten anders, wenn die Clubs öffnen und davor Partydrogen verkauft werden. Da werden Passanten an der Köpenicker Straße ganz offen gefragt, ob sie »etwas kaufen« wollen. »Wir wurden jedes Mal angesprochen, wenn wir an den Dealern vorbei gegangen sind«, erzählt Marc Lange von der Studentengruppe. Dieser Handel spielt sich übrigens kaum auf dem grell beleuchteten Bereich am U-Bahn-Ausgang ab, sondern dahinter, wo es deutlich dunkler ist, etwa an der Einmündung der Rungestraße und in der Nebenstraße selbst.

An den folgenden Morgen kann man dann die Überreste der Partyzene begutachten: Es türmen sich vor allem Glasflaschen und -scherben: die Überreste des »Vorglühens« der Clubbesucher. Ausgerechnet auf dem meistbetroffenen Abschnitt der Köpenicker zwischen U-Bahnhof und Michaelkirchstraße gibt es so gut wie keine Müllbehälter der BSR. Und auf der anderen Seite der Straße stinkt es, weil sich viele auf dem Parkplatz oft noch mal erleichtern, bevor sie sich in die Warteschlange vor den Clubs einreihen.

Lösungsvorschläge machten die Studenten nicht – das war auch nicht ihre Aufgabe. Sie werden jetzt in einem Abschlussbericht die Konflikte an der Köpenicker Straße detailliert beschreiben und analysieren. Dabei identifizieren sie auch Handlungspotenziale. Die Teilnehmer des regelmäßig stattfindenden »Runden Tisches Köpenicker«, der nach der Vorstellung der Zwischenergebnisse tagte, sind schon ganz gespannt darauf. Die wissenschaftliche Intervention jedenfalls hat die Debatten in diesem offenen Gremium aus Anwohnern und Fachleuten beflügelt. cs

Wer war Wilhelmine Gemberg?

Eine neue Stichstraße führt von der Köpenicker ans Spreeufer

Zwischen den Häusern Köpenicker Straße 48 und 52 gibt es seit Oktober 2017 eine neue Straßenverbindung zum Spreeufer. Knappe 100 Meter führen von der Köpenicker Straße zwischen dem Hochtief-Bürogebäude und dem Deutschen Architekturzentrum zu den Wohngebäuden der Alten Seifenfabrik und der Genossenschaft Spreefeld. Der Name der neuen Straße »Wilhelmine-Gemberg-Weg« erinnert an die Gründerin der ersten »Kinderbewahranstalt« 1831 in der Luisenstadt.

Da die Erschließung der Grundstücke an der Spree zu Beginn des Sanierungsgebiets 2011 nur unzureichend gegeben war, wurde für die Entwicklung des Spreeuferblocks zwischen Köpenicker Straße und der Spree eine öffentliche Straße geplant. Sie ermöglicht den barrierefreien Zugang zur Spree und dem zukünftigen Spreeuferweg. Die Straße ist als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen, die gesamte Straße darf demnach nur in Schrittgeschwindigkeit befahren werden. Gehwege und Fahrbahn sind baulich kaum voneinander abgesetzt, sodass die Fußgänger die gesamte Breite nutzen können. An den Straßenseiten sind Sitzgelegenheiten und Fahrradbügel angeordnet und es gibt nur einzelne Parkplätze. Acht Bäume wurden am Straßenrand gepflanzt. Eine Kfz-Stromladestation soll noch instal-

liert werden. Das letzte Stück des Weges, der zweite Bauabschnitt von der Alten Seifenfabrik bis zur Wasserkante, wird erst 2018 fertiggestellt und ist nur Radfahrern und Fußgängern vorbehalten. Dort wird ein Teil der Fläche vom Verein Spreeacker e.V. gemeinschaftlich beackert und begrünt.

Im Jahr 2014 hatte die Bezirksverordnetenversammlung Mitte aufgrund eines Vorschlags des Bürgervereins Luisenstadt beschlossen, die neue Straße nach Wilhelmine Gemberg zu benennen. Der 2016 verstorbene Dr. Klaus Duntze, Mitbegründer des Bürgervereins, war in der Geschichtsforschung zur Luisenstadt auf ihren Namen gestoßen. Wilhelmine Gemberg hatte sich hier um die Betreuung verwahrloster Kinder gekümmert. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Kaufmann Friedrich Ludwig Wilhelm Gemberg, war sie Mitglied im Luisenstädtischen Wohltätigkeitsverein. 1831 gründete sie den »Verein zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten«, der neun von 22 Berliner Anstalten übernahm, darunter auch die Anstalt des Luisenstädtischen Wohltätigkeitsvereins. Außerdem hatte Frau Gemberg 1829 einen Frauenverein gegründet, »um die Armen in der Hütte des Elends aufzusuchen, ihnen Gottes Wort und äußere Hilfe zu bringen«.

Wilhelmine Gemberg gründete in ihrem Haus Stallschreiberstraße 30 im Mai 1831 eine eigene Kleinkinderbewahranstalt. Eine Lotterie (3000 Lose) brachte das Startkapital. Sie stattete 36 Familien mit Materialien für Kleidung und Pantinen aus. Zu Schulbeginn zog diese Kerntruppe weitere Kinder nach, am ersten Tag 75, am nächsten 104 Kinder. 1834 übernahm die Kronprinzessin Elisabeth von Preußen das Protektorat über den Verein. *Volker Hobrack*

Quellen: »Gemeinwohl und lokale Macht«, Ludovica Scarpa, K.G. Sauer 1995, und Bauakten Alte Jakobstraße, durchgesehen von Dr. D. Hoffmann-Axthelm

Leser-Ecke

Betr.: Diskussion Wilhelmine-Gemberg-Weg und Ruheplattform Wasservögel im Engelbecken

Mit großer Verwunderung habe ich in der Ecke Köpenicker 6/2017 die Diskussion um die neue Straße gelesen. Nach Besichtigung dort, nebst den weiterführenden Wegen an die Spree kann ich nur feststellen, dass m. E. Anlass zur Freude über eine saubere, funktionelle Straße besteht. Die Wege an der Spree dort sind wahrlich kein Vorbild. Wir haben in der Luisenstadt (und nicht nur da) sehr viele Gehwege und Straßen, die alles andere als gut sind. Allein schon als Anfahrtsstraße für Versorger, Notdienste usw. braucht es eine ordentliche Straße. Ich würde mir wünschen, dass das Engagement der Anwohner und anderer Akteure in andere Themen fließen würde. Arbeit gibt es genug und sei es nur, dass man sich gegen Vermüllung, Vandalismus u.a. einsetzt. Ein Dankeschön auch an die Anwohnerinitiative, die die Ruheplattform für die Wasservögel erreicht hat. Auch wenn da sicher noch Potential für Verbesserungen ist, es wurde etwas erreicht. Und das ist sehr viel. Wir würden viel mehr erreichen, wenn alle, die in der Luisenstadt aktiv sind, an einem Strang ziehen würden. Das vermisse ich und wünsche ich mir für die Zukunft.

Jörg Simon



F. Hennig

Spur der Steine

Wo Mauer war, soll eine Markierung zeigen: eine Begehung

Schon kurz nach Mauerfall gab es Ideen, wie man den Verlauf des schwindenden Bauwerks für die Nachwelt sichtbar lassen könnte. Manfred Butzmann wollte 1990 den Mauerstreifen mit Lupine bepflanzen. Das Tiefbauamt Kreuzberg trat noch im selben Jahr mit der Vorschlag einer doppelreihigen Großpflastersteinreihe hervor. Von Gernot Zohlen gab es 1992 die Anregung eines Kupferbandes, und wäre es nach Angela Bohnen im selben Jahr gegangen, dann wären sowohl Grenzmauer als auch Hinterlandmauer mit roten und blauen Intarsien nachbetoniert worden.

Durchgesetzt hat sich die Doppelpflasterreihe. Gerade habe ich meinen 48. Geburtstag gefeiert. Als ich geboren wurde, stand die Berliner Mauer schon acht Jahre und als ich 19 war, versprach Honecker uns, dass die Mauer auch in 50 und in 100 Jahren noch stehen würde. Man kann die Geschichte mit Zahlen fortsetzen: ich lebe schon genauso lange ohne Mauer, wie sie existierte: 28 Jahre. Aber ich bin schwach mit Zahlen, lieber ist mir der Augenschein.

Ich wage mich in den Herbst nach draußen, um nachzusehen, wo diese Markierung vorhanden ist und wo nicht. Ich beginne neben der Schillingbrücke, wo einst der Luisenstädtische Kanal in die Spree mündete. In der Ufermauer sieht man den zugemauerten Zufluss. Während der Bethaniendamm hier in einer leichten Kurve über den früheren Kanal schwingt, stand die Mauer parallel dazu von der Spree und dann dem Bethaniendamm folgend. Aber erst hundert Meter weiter finde ich die Pflastersteinmarkierung – und auch das nur wenige Meter über den Bürgersteig.

Keine Pflastersteine helfen auf der Köpenicker Straße und südwestlich davon am Bethaniendamm beim Erraten, wo denn hier die Mauer war. Bis zum Engelbecken stand sie auf dem Bordstein auf der Kreuzberger Seite. Ich gehe den gesamten Bethaniendamm bis zum Leuschnerdamm und an der Ecke dämmert es mir: Vielleicht ist diese Pflastersteinreihe auf den Parkplätzen die Markierung? Aber warum endet sie dann nach 15 Metern am Engelbecken in einer Normalpflasterung? Vielleicht bei Ausbesserungsarbeiten entfernt und nicht wieder rekonstruiert?

Auch in der Waldemarstraße ist keine eindeutige Spur der steinernen Markung zu finden. Das ist sehr schade: Gerade hier im dicht bebauten Zentrum hatte die Mauer die schlimmsten grotesken Auswirkungen an Häusern, vor deren Tür in wenigen Metern Abstand die Mauer stand.

Ich weiß bei den gepflasterten Straßen nicht, ob ich nicht einer zufälligen Reihung folge, hier biegt sie hinter der Brücke rechts in den Legiendamm ab und verschwindet im

Pflastersteine für die Geschichte auf der Sebastian-, westlich der Heinrich-Heine-Straße.

Asphalt. Eine neue Reihe beginnt genau dort, wo die Mauer wahrscheinlich gestanden hat. An der Waldemarstraße, Richtung Dresdener Straße ist nichts gepflastert. Nur über die Dresdener selber sind die Pflastersteine für die Mauer eingelassen, auf den Bürgersteigen dagegen kann man den Verlauf nur erraten. Ein Haus steht da, die Mauer muss parallel zur Luckauer Straße gestanden haben, denn an der Ecke zur Sebastianstraße sind die Pflastersteine vorhanden. Sie führen bis über die Heinrich-Heine-Straße.

Als ich in den Westen abhaute, war ich 19. Mit 20 kam ich pünktlich zum Mauerfall zurück gegen den Strom laufend genau hier nach Ostberlin, mitten in der seitdem wiedervereinigten Luisenstadt. 1989, 1990 und danach pochte es hier wie überall, wo Mauer war. Das Geräusch kam von den Mauerpechtern, zu denen mein Vater gehörte. Diese Spezies sicherte sich mit Hammer und Meißel einen kleinen Triumph über die ungeliebten Machthaber und einige Betonstücke als Souvenir an den Kalten Krieg und die Mauer, die sie fast 30 Jahre daran gehindert hatte, ihre Familien im anderen Stadtteil zu besuchen.

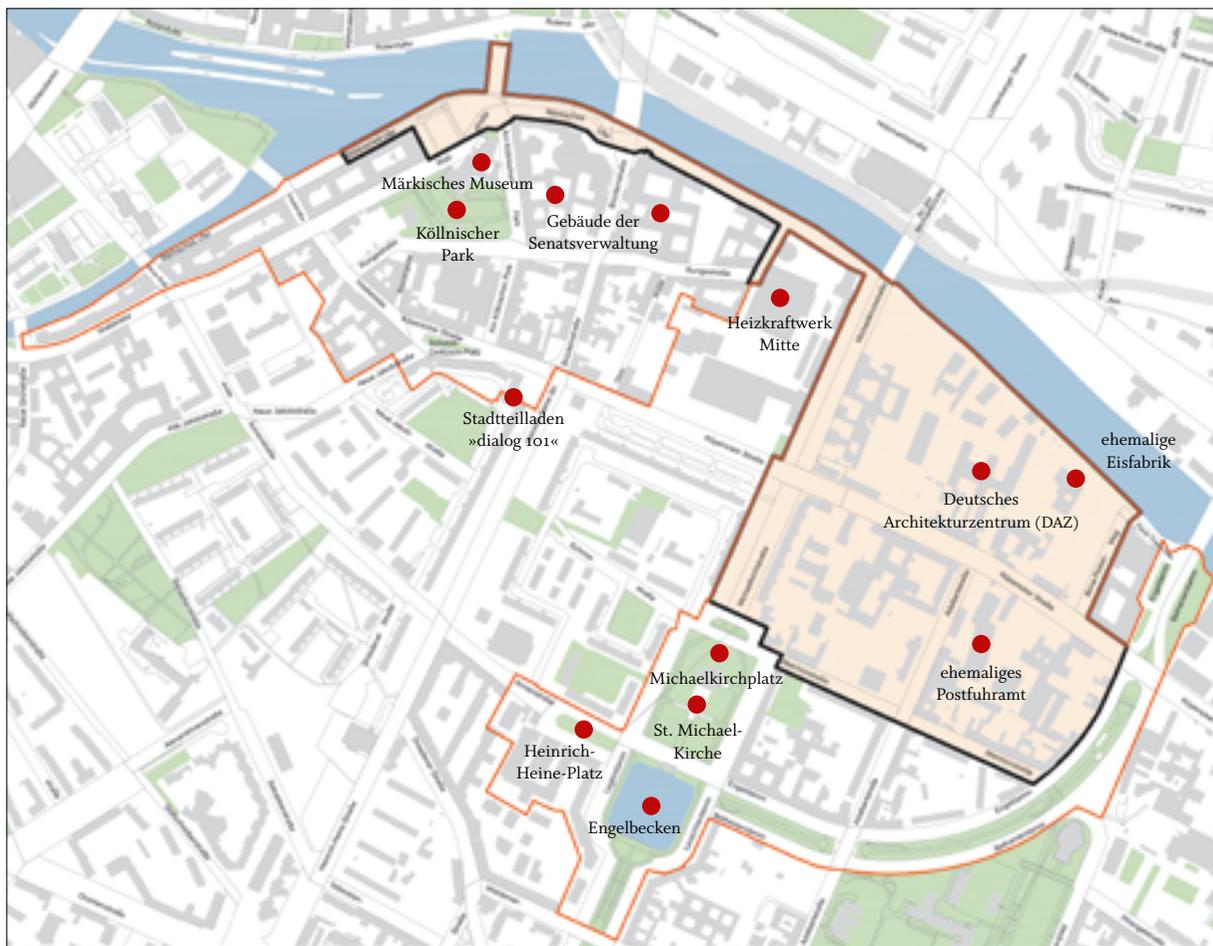
Nun brauchen wir diese Markierung – und wo sie fehlt, müssen wir raten. Sie fehlt in der Luisenstadt noch zwischen Alexandrinen- und Stallschreiberstraße, taucht aber in der Alten Jakobstraße auf der Zufahrt zu einer Baustelle wieder auf, wo Werbeaner den »Showroom Luisenpark« preisen: »Kreativ und stilvoll«.

Unter einer Asphalttschicht macht die Markierung einen rechtwinkligen Knick in die Alte Jakobstraße nach Westen, biegt rechts in die Kommandantenstraße ab, wo sie gegenüber der Neuen Grünstraße auf knapp 20 Metern zwei Einfahrten weichen musste. Hier sind wir mitten im Berliner Zeitungsquartier und das muss noch in die Zeitung, nämlich was das überhaupt soll mit dieser Markierung. Sie ist allen gewidmet, die beim Versuch, von einem Stadtteil in den anderen zu gelangen, Gesundheit, Leben oder Freiheit verloren. Auch diese Kolumne ist ihnen zugeeignet. *Falko Hennig*

Der Autor lädt täglich 11 und 14 Uhr zu Spaziergängen (2h, € 12,-, mind. 5 Teilnehmer) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins, Treffpunkt: U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße, Ecke Köpenicker. Anmeldung erforderlich unter (030) 21 02 46 51 oder (0176) 20 21 53 39.



Anwohner der Genossenschaft »Spreefeld« (der Neubau rechts hinten im Bild) protestierten bei der Einweihungsfeier des Wilhelmine-Gemberg-Wegs, weil er ihrer Ansicht nach zu stark versiegelt ist. Anwohner der Eigentumswohnungsanlage »Alte Seifenfabrik« (links hinten deren noch eingerüsteter Neubau) dagegen finden, dass in dem verkehrsberuhigten Bereich zu wenige Parkplätze entstanden sind ...



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,
 Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
 Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
 (030) 90 18-446 00
 ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin,
 Stadtentwicklungsamt,
 Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
 kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
 reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
 anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
 wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
 und Wohnen
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
 joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
 bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
 schwedler@kosp-berlin.de
 www.luisenstadt-mitte.de

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher
 Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
 birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
 www.luisse-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
 buero@buergerverein-luisenstadt.de
 www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr